

Sehr geehrter Herr Maier,

Den Forderungen

- Dem Umweltverbund (Rad- und Fußverkehr und öffentlicher Verkehr) Vorrang vor dem Autoverkehr zu geben.

Stimme ich voll zu. Für die Verkehrswende hin zu mehr Klimaschutz brauchen wir eine Stärkung von Bahn, Bus, Radverkehr, E-Mobilität und Carsharing. Als Grüne setze ich mich für mehr Platz für RadfahrerInnen und sichere Radwege ein. Hierfür muss auch der Bund mehr Verantwortung übernehmen.

- Die Bundesmittel für die Förderung des Radverkehrs im System, insbesondere für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur auf mindestens 800 Mio. Euro pro Jahr anzuheben

Stimme ich voll zu. Als kostengünstiges Verkehrsmittel hat gerade das Fahrrad mehr Förderung verdient. Wir wollen die Ausgaben für Radwege an Bundesstraßen verdoppeln, die Unterstützung des Bundes für neue Radschnellwege ausweiten, sichere Abstellanlagen stärker fördern und ein Marktanreizprogramm für E-Lastenräder auflegen.

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften

Stimme ich voll zu. Tempo 30 schafft mehr Verkehrssicherheit und schafft höhere Lebensqualität in Innenstädten, auch durch weniger Lärm und Abgase. Deswegen sollten Städte und Kommunen eigenständig über Geschwindigkeiten innerorts entscheiden können.

- Verbindliche Qualitätsvorgaben für den Bau von Radwegen in Bundesverantwortung zu machen

Stimme ich voll zu. Radfahren wird schneller und beliebter – durch E-Bikes, Pedelecs und den Einsatz von Anhängern und Lastenrädern. Das ist eine gute Entwicklung, denn viele Autofahrten lassen sich gut durch das Rad ersetzen, gerade die Strecken unter 5 km. Wer das fördern will, muss für qualitativ hochwertige und sichere Radwege sorgen. Deswegen ist es nötig, dass sich der Bund beim Radwegbau an einheitlichen Standards orientiert.

- In urbanen Ballungsräumen Radschnellwegen den Vorrang vor dem Autobahnausbau zu geben

Stimme ich voll zu. Radschnellwege können den Radverkehrsanteil deutlich erhöhen. Der Verkehr ist immer noch viel zu einseitig auf den Autoverkehr ausgerichtet. Das Resultat: Mehr Verkehrsaufkommen, mehr Stau und mehr krankmachende Abgase. Hier ist ein Richtungswechsel überfällig. Die Fahrradnation Niederlande zeigt, wie man mit Radschnellwegen gezielt zur Stauvermeidung beitragen kann.

- Den Kommunen über die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und eine Nachfolgeregelung des Entflechtungsgesetzes zweckgebundene finanzielle Mittel zum Ausbau der Radverkehrsstruktur zu Verfügung zu stellen

Stimme ich voll zu. Die Grüne Bundestagsfraktion hat in einem Rechtsgutachten diese Idee rechtlich durchprüfen lassen und fordern, über das GVFG künftig auch die Radverkehrsinfrastruktur in Kommunen zu verbessern. Gerade in seiner Zuständigkeit für die Verkehrssicherheit kann der Bund dazu beitragen, besonders gefährliche Straßenführungen und Umfallschwerpunkte zu beheben.

- Die Verkehrssicherheitsarbeit verbindlich an der Vision Zero - Null Tote im Straßenverkehr - auszurichten und als oberste Prämisse in die StVO aufzunehmen

Stimme ich voll zu. Dass sich viele Menschen auf dem Rad im Straßenverkehr nicht sicher fühlen, ist ein gravierender verkehrspolitischer Missstand. Als Grüne setze ich mich dafür ein, die Straßenverkehrsregeln grundlegend zu überprüfen und die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen in den Mittelpunkt zu stellen.

- Die Position eines / einer Radverkehrsbeauftragten auf Ebene der Bundesregierung zur ressortübergreifenden Steuerung aller Radverkehrsthemen zu schaffen

Stimme ich eher zu. Eine ambitionierte Radverkehrspolitik des Bundes hängt ab vom politischen Willen. Die große Koalition wollte den Radverkehr aber nicht voranbringen. Im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung werden wir die Radverkehrspolitik stärken. Die Schaffung eines ressortübergreifenden Radverkehrsbeauftragten kann eine neue und ambitionierte Fahrradpolitik im Bund unterstützen, aber keineswegs ersetzen.

Mein Fazit:

Wir wollen, dass Radfahren in Deutschland keine Abenteuerlust erfordert und für alle Menschen leichter, bequemer und sicherer wird. Um die Potenziale des Fahrrads für ein klima- und menschenfreundliches Mobilitätssystem auszuschöpfen, möchten wir die verkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen auf den Prüfstand stellen und die StVO umfassend reformieren. Die Bundesregierung muss mehr Verantwortung übernehmen und den Radverkehr in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen konsequenter fördern. Hierzu gehört, dass sich der Bund stärker am Ausbau der Radinfrastruktur sowie der Mobilitätsbildung beteiligt. Gebraucht wird ein intuitiv verständliches, durchgängiges Radverkehrssystem, das ein sicheres und zügiges Vorankommen ermöglicht. Wir fordern, die Bundesmittel für Radwege an Bundesstraßen zu verdoppeln und die Mittel für Radschnellwege zu vervierfachen. Zudem wollen wir die Fahrradmitnahme in allen Zügen, den Rechtsabbiegepeil für Radfahrende und eine umfassende Förderung von E-Lastenrad-Sharing-Systemen.

Kerstin Täubner-Benicke
Bündnis 90/Die Grünen

Starnberg